

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Erster Teil: Einführung und Gang der Untersuchung	1
<i>A. Einführung und Problemdarstellung</i>	1
<i>B. Gegenstand und Aufbau der Untersuchung</i>	5
<i>C. Rechtsquellen und ausgewählte Regelwerke</i>	6
I. Rechtsquellen und Auswahlkriterien der Regelwerke	7
1. Einschlägige Sekundärrechtsakte und nationales Recht	8
2. Auswahl und Bedeutung der Regelwerke	10
3. Der Draft Common Frame of Reference	11
a) Die Entstehung des DCFR	11
b) Aufbau und Inhalt des DCFR	13
c) Die Bedeutung des DCFR	13
4. Der Vorschlag eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts	15
a) Die Entstehung des Vorschlags für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	15
b) Aufbau und Inhalt des GEK-Vorschlags	16
c) Die Bedeutung des GEK-Vorschlags	18
<i>D. Zusammenfassung</i>	24
Zweiter Teil: Die Rolle vorvertraglicher Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr und bei sonstigen Fernabsatzverträgen im Kontext des Verbraucherschutzrechts	25
<i>A. Bedeutung und Funktion vorvertraglicher Informationspflichten im Europäischen Privat- und Verbraucherschutzrecht</i>	25
I. Die Entwicklung des Verbraucherschutzrechts auf europäischer und nationaler Ebene	26
1. Herausbildung des europäischen Verbraucherschutzrechts	27
2. Entwicklung des nationalen Verbraucherschutzrechts	31

II.	Das Verbraucherleitbild im E-Commerce und bei sonstigen Fernabsatzverträgen	32
1.	Das Verbraucherleitbild im Wandel der Zeit	33
2.	Das Verbraucherleitbild im E-Commerce und bei sonstigen Fernabsatzverträgen und die Bedeutung des „confident consumer“	37
III.	Das Schutzinstrument der vorvertraglichen Informationspflichten im Kontext der Zielsetzung des Verbrauchervertragsrechts	38
1.	Das Spannungsfeld zwischen Verbraucherschutz und dem Grundsatz der Privatautonomie	39
2.	Die Bedeutung von Schutzpflichten im Allgemeinen	43
3.	Erhöhter Bedarf an Verbraucherschutz in spezifischen Gefährdungssituationen	44
4.	Aufgeklärtes Verbraucherleitbild und hohes Verbraucherschutzniveau – Einklang oder Widerspruch?	45
5.	Differenzierung des Informationsbedürfnisses bei B2C- und B2B-Verträgen	46
B.	<i>Besondere rechtliche Herausforderungen zur Stärkung des grenzüberschreitenden (Online-)Handels und die Rolle des Verbraucherschutzes</i>	48
I.	Probleme und Handelshemmnisse im grenzüberschreitenden (Online-)Handel	50
II.	Vertrauensschaffende bzw. -fördernde Maßnahmen im grenzüberschreitenden Handelssektor	52
C.	<i>Zusammenfassende Gesamtbetrachtung</i>	53
Dritter Teil: Vorvertragliche Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr und bei sonstigen Fernabsatzverträgen – Eine Bestandsaufnahme		
A.	<i>Begriffsbestimmung und Anwendungsbereiche</i>	55
I.	Definition und Bedeutung der vorvertraglichen Informationspflichten	55
1.	Bedeutung der Informationspflicht	55
2.	Charakteristika vorvertraglicher Informationspflichten	57
3.	Varianten der Verletzung einer vorvertraglichen Informationspflicht	58
4.	Bedeutung der Sanktion eines vorvertraglichen Informationspflichtverstoßes	59
II.	Sekundärrechtliche Vorgaben hinsichtlich des Anwendungsbereichs bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr und sonstigen Fernabsatzverträgen	60
1.	Anwendungsbereich der ECRL	61
2.	Anwendungsbereich der FARL	62

3. Anwendungsbereich der VerbrRRL	63
III. Der sachliche und persönliche Anwendungsbereich für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr sowie sonstige Fernabsatzverträge nach deutschem Recht	64
1. Anwendungsbereich für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr	65
2. Anwendungsbereich für sonstige Fernabsatzverträge	68
IV. Der sachliche und persönliche Anwendungsbereich für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr sowie sonstige Fernabsatzverträge nach DCFR	69
1. Sachlicher Anwendungsbereich des DCFR	69
2. Persönlicher Anwendungsbereich des DCFR	70
V. Der sachliche und persönliche Anwendungsbereich für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr sowie sonstige Fernabsatzverträge nach dem GEK-Vorschlag	70
1. Sachlicher Anwendungsbereich des GEK-Vorschlags	70
2. Persönlicher Anwendungsbereich des GEK-Vorschlags	71
3. Die Sonderproblematik der Anwendbarkeit des „optionalen“ Kaufrechts	73
VI. Überschneidung der Anwendungsbereiche von Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr und sonstigen Fernabsatzverträgen	75
VII. Aktuelle Definitionen des Verbraucher- und Unternehmerbegriffs	76
1. Begriffsverständnis nach einschlägigen Sekundärrechtsakten	77
a) Begriffsbestimmung nach der ECRL	77
b) Begriffsbestimmung nach der FARL	78
c) Begriffsverständnis nach der VerbrRRL	78
2. Die Verbraucher- und Unternehmerdefinition des BGB	79
a) Unternehmer	79
b) Verbraucher	80
3. Die Verbraucher- und Unternehmerdefinition des DCFR	82
a) Unternehmer	82
b) Verbraucher	82
4. Die Verbraucher- und Unternehmerdefinition des GEK-Vorschlags	83
a) Unternehmer	83
b) Verbraucher	84
c) KMU	84
VIII. Zusammenfassende Stellungnahme	85
<i>B. Die Regelungen vorvertraglicher Informationspflichten für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und sonstige Fernabsatzverträge im Überblick</i>	<i>86</i>
I. Überblick sekundärrechtlicher Vorgaben	87
1. Sekundärrechtliche Vorgaben der FARL und VerbrRRL	88
a) Vorvertragliche Informationspflichten nach der FARL	88

	b) Vorvertragliche Informationspflichten nach der VerbrRRL	89
	2. Sekundärrechtliche Vorgaben der ECRL	91
II.	Umsetzung der sekundärrechtlichen Vorgaben und Regelungskonzept nach nationalem Recht	92
	1. Existenz einer allgemeinen Informationspflicht nach deutschem Recht?	93
	2. Besondere vorvertragliche Informationspflichten für Fernabsatzverträge nach deutschem Recht	96
	a) Fernabsatzrechtliche Informationspflichten nach der Schuldrechtsmodernisierung	96
	b) Rechtslage nach der Umsetzung der VerbrRRL	96
	3. Zusätzliche vorvertragliche Informationspflichten für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr nach nationalem Recht	99
	a) Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr nach § 312i BGB i. V. m. Art. 246c EGBGB	100
	b) Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr gegenüber Verbrauchern gem. § 312j BGB	100
	c) Besondere Pflichten bei Zusammentreffen mit speziellen Vertragstypen am Beispiel des Pauschalreisevertrags	102
III.	Vorvertragliche Informationspflichten des DCFR	103
	1. Existenz einer allgemeinen Informationspflicht im DCFR	104
	2. Besondere Informationspflichten nach dem DCFR	105
	a) Besondere Informationspflichten für an Verbraucher vermarktende Unternehmer nach Art. II. – 3:102 DCFR	106
	b) Besondere vorvertragliche Informationspflichten nach Art. II. – 3:103 DCFR bei Verträgen mit besonderem Nachteil für Verbraucher (<i>particular disadvantage</i>)	106
	c) Besondere vorvertragliche Informationspflichten gem. Art. II. – 3:104 DCFR für Echtzeit-Fernkommunikationen	107
	d) Besondere vorvertragliche Informationspflichten gem. Art. II. – 3:105 DCFR für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr	108
IV.	Vorvertragliche Informationspflichten nach dem GEK-Vorschlag	109
	1. Das Regelungskonzept vorvertraglicher Informationspflichten im GEK-Vorschlag	109
	a) Existenz einer allgemeinen Informationspflicht	109
	b) Besondere Informationspflichten nach dem GEK-Vorschlag	111
	aa) Vorvertragliche Informationspflichten nach Art. 13 GEK-Vorschlag bei Fernabsatzverträgen	112
	bb) Zusätzliche Informationspflichten für Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr nach Art. 24 GEK-Vorschlag	113
	c) Zusätzliche Erfordernisse für B2C-Verträge nach Art. 25 GEK-Vorschlag bei Zahlungsverpflichtungen	115

aa)	Vorverlagerung bestimmter Informationspflichten nach Art. 25 Abs. 1 GEK-Vorschlag	115
bb)	Ausdrückliche Anerkennung der Zahlungspflicht und „Button-Lösung“ nach Art. 25 Abs. 2 GEK-Vorschlag	116
cc)	Rechtzeitige Angabe von möglichen Liefer- oder Zahlungsbeschränkungen	116
dd)	Anwendungsbereich des Art. 25 GEK-Vorschlag	117
<i>C.</i>	<i>Kategorisierung und vergleichende Synthese des Inhalts und Gegenstands vorvertraglicher Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr und bei sonstigen Fernabsatzverträgen</i>	<i>117</i>
I.	Systematische Betrachtung des Inhalts vorvertraglicher Informationspflichten	118
1.	Informationen über die Identität des Unternehmers	118
2.	Informationen über Eigenschaften des Vertragsgegenstands	120
3.	Informationen über die Höhe der Informationspflichten	121
4.	Informationen über Voraussetzungen und Folgen des Widerrufs ..	121
5.	Informationen über sonstige Details des Vertragsinhalts	123
6.	Weitere „gegebenenfalls“ zu erteilende Informationen	123
II.	Zusätzliche vorvertragliche Informationspflichten im E-Commerce ..	124
III.	Weitere vorvertragliche Informationspflichten nach Sondergesetzen ..	125
1.	Informationspflichten nach TMG	125
2.	Informationspflichten nach der Preisangabenverordnung	126
3.	Besondere Informationspflichten bzgl. des Rechtsschutzes bei grenzüberschreitenden Verbraucherverträgen	127
IV.	Besonderheiten vorvertraglicher Informationspflichten nach den unterschiedlichen Regelwerken	129
1.	Erleichterte Informationspflichten bei Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten	129
2.	Erleichterte Informationspflichten bei begrenzter Darstellungsmöglichkeit	130
<i>D.</i>	<i>Weitreichender Inhalt und enormer Umfang vorvertraglicher Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr und bei sonstigen Fernabsatzverträgen – Gefahr des „information-overkill“? ..</i>	<i>132</i>
<i>E.</i>	<i>Zusammenfassende Gesamtbetrachtung</i>	<i>133</i>

Vierter Teil: Sanktionen	135
<i>A. Überblick über Sanktionsvorgaben</i>	<i>135</i>
I. Bedeutung und Funktion der Sanktionen bei Verletzung vorvertraglicher Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr und bei sonstigen Fernabsatzverträgen	135
II. Sanktionsvorgaben auf nationaler und europäischer Ebene im Vergleich	136
1. Überblick der sekundärrechtlichen Sanktionsvorgaben	136
a) Sanktionsvorgaben der ECRL	137
b) Sanktionsvorgaben der FARL und VerbrRRL	137
aa) Sanktionsvorgaben nach früherer FARL	137
bb) Die Rechtsprechung des EuGH und Sanktionsvorgaben nach der neuen VerbrRRL	137
(1) Allgemeine Sanktionsregelung des Art. 24 VerbrRRL ..	139
(2) Spezifische Sanktionsbestimmungen der VerbrRRL ...	139
c) Die neuen RL-Vorschläge für ein modernes Vertragsrecht	140
2. Sanktionsregelungen nach nationalem Recht	140
3. Sanktionsregelungen nach DCFR	141
4. Sanktionsregelungen nach dem GEK-Vorschlag	142
III. Vergleichende Betrachtung der zivilrechtlichen Sanktionen bei vorvertraglicher Informationspflichtverletzung im Detail	144
<i>B. Verlängerung der Widerrufsfrist</i>	<i>145</i>
I. Entwicklung und Bedeutung des Widerrufsrechts bei Fernabsatzverträgen	145
II. Sachliche Rechtfertigung eines zwingenden Widerrufsrechts bei Fernabsatzverträgen	147
III. Verlängerung der Widerrufsfrist nach § 356 Abs. 3 BGB unter Berücksichtigung sekundärrechtlicher Vorgaben	151
1. Grundvoraussetzungen des Widerrufsrechts	151
2. Die Sanktion der Verlängerung der Widerrufsfrist	151
IV. DCFR	155
1. Grundvoraussetzungen des Widerrufsrechts	156
2. Die Sanktion der Verlängerung der Widerrufsfrist nach DCFR	159
a) Verlängerung der Widerrufsfrist nach Art. II. – 3:109 Abs. 1 DCFR bei Verletzung von Informationspflichten	159
b) Verlängerung der Widerrufsfrist nach Art. II. – 5:103 Abs. 3 DCFR bei fehlender Widerrufsbelehrung	160
3. Verlängerung der Widerrufsfrist im Rahmen von Echtzeit-Kommunikation nach Art. II. – 3:104 Abs. 4 DCFR	161
4. Verlängerung der Widerrufsfrist bei Vertragsschluss auf elektronische Weise nach Art. II. – 3:105 Abs. 3 DCFR	162
V. GEK-Vorschlag	163

1. Grundvoraussetzungen des Widerrufsrechts	163
2. Die Verlängerung der Widerrufsfrist nach Art. 29 Abs. 3 GEK-Vorschlag	164
3. Die Verlängerung der Widerrufsfrist nach Art. 42 Abs. 2 GEK-Vorschlag	164
VI. Kritische Würdigung und Stellungnahme	165
C. Entfallen der Verpflichtung zusätzlicher Kostentragung	167
I. Entfallen der Pflicht zusätzlicher Kostentragung nach nationalem Recht und der VerbrRRL	167
1. Kostenbezogene Sanktion als Novum der VerbrRRL	167
2. Voraussetzungen der kostenbezogenen Sanktion des § 312e BGB .	168
3. Problematik des eigenständigen Regelungsgehaltes und Verhältnis zu § 312a Abs. 3 BGB	170
4. Bedeutung der kostenbezogenen Sanktion	172
5. Übergang der Rücksendekostenlast auf den Unternehmer gemäß § 357 Abs. 6 BGB	172
II. Entfallen der Pflicht zusätzlicher Kostentragung nach DCFR	173
III. Keine Pflicht zusätzlicher Kostentragung nach dem GEK-Vorschlag .	174
1. Voraussetzungen der kostenspezifischen Sanktion des Art. 29 Abs. 2 GEK-Vorschlag	174
2. Problematik des eigenständigen Regelungsgehaltes und Verhältnis zu Art. 71 GEK-Vorschlag	176
IV. Kritische Würdigung und Stellungnahme	178
D. Anspruch auf Schadensersatz	178
I. Der Anspruch auf Schadensersatz wegen vorvertraglicher Informationspflichtverletzung nach nationalem Recht	179
1. Schadensersatzanspruch aus <i>culpa in contrahendo</i> (c. i. c.)	179
a) Voraussetzungen	181
aa) Bestehen eines vorvertraglichen Schuldverhältnisses	181
(1) Vorvertragliches Schuldverhältnis kraft Aufnahme von Vertragsverhandlungen (Nr. 1)	181
(2) Vorvertragliches Schuldverhältnis durch Anbahnung eines Vertrags (Nr. 2)	182
(3) Vorvertragliches Schuldverhältnis kraft ähnlicher geschäftlicher Kontakte (Nr. 3)	183
bb) Pflichtverletzung	184
cc) Schaden	185
dd) Kausalität	187
ee) Vertretenmüssen	189
ff) Beweislast	190
b) Rechtsfolgen	191

aa) Ersatz des Vertrauensschadens bzw. des negativen Interesses	192
bb) Ausnahmsweise Ersatz des Erfüllungsinteresses	193
cc) (Keine) Anpassung des Vertrages	193
dd) Aufhebung des Vertrages	194
2. Schadensersatzanspruch aus § 280 Abs. 1 BGB	200
3. Schadensersatzanspruch nach § 823 Abs. 2 BGB	201
4. Schadensersatzanspruch aus § 826 BGB	202
II. Der Anspruch auf Schadensersatz wegen vorvertraglicher Informationspflichtverletzung nach dem DCFR	204
1. Schadensersatz wegen vorvertraglicher Informationspflichtverletzung nach Art. II. – 3:109 Abs. 3 DCFR ..	204
a) Wesentliche Voraussetzungen	204
b) Rechtsfolge und Umfang des Schadensersatzanspruchs	206
2. Besonderer Schadensersatzanspruch des Verbrauchers bei Echtzeit-Fernkommunikationen nach Art. II. – 3:104 Abs. 5 DCFR	207
3. Besonderer Schadensersatzanspruch für auf elektronische Weise geschlossene Verträge nach Art. II. – 3:105 Abs. 4 DCFR	207
4. Besondere irrtumsbedingte Schadensersatzansprüche	208
a) Schadensersatz nach Art. II. – 7:204 DCFR	208
b) Schadensersatz nach Art. II. – 7:214 DCFR	208
5. Vertraglicher Schadensersatzanspruch nach Art. III. – 3:701 DCFR	210
a) Voraussetzungen	210
b) Rechtsfolge und Umfang des Schadensersatzanspruchs	211
6. Außervertraglicher Anspruch auf Schadensersatz	212
III. Der Anspruch auf Schadensersatz wegen vorvertraglicher Informationspflichtverletzung nach dem GEK-Vorschlag	214
1. Spezieller Schadensersatzanspruch für die Verletzung vorvertraglicher Informationspflichten nach Art. 29 Abs. 1 GEK-Vorschlag	214
a) Wesentliche Voraussetzungen	215
b) Rechtsfolgen und Umfang des Schadensersatzanspruchs	216
c) Schadensersatz für Verluste infolge Irrtums oder arglistiger Täuschung Art. 55 GEK-Vorschlag	216
2. Allgemeiner Schadensersatzanspruch nach Art. 159 GEK-Vorschlag	218
3. Kein außervertraglicher Schadensersatzanspruch nach dem GEK-Vorschlag	220
4. Weitere Konkurrenzfragen des Schadensersatzanspruchs im GEK-Vorschlag	220
IV. Kritische Würdigung und Stellungnahme	221

<i>E. Anfechtung des Vertrags</i>	222
I. Anfechtungsrecht auf nationaler Ebene	223
1. Voraussetzungen der Anfechtung	224
a) Anfechtungsgrund	224
aa) Anfechtungsgründe des Inhalts- und Erklärungsirrtums ...	224
bb) Anfechtungsgrund des Irrtums über verkehrswesentliche Eigenschaften der Sache	225
cc) Anfechtungsgrund der arglistigen Täuschung	227
b) Voraussetzungen	229
c) Kausalität	231
d) Anfechtungserklärung und Anfechtungsfrist	231
e) Rechtsfolge	232
2. Konkurrenzen	233
a) Das Verhältnis von Anfechtung und Widerruf	234
b) Verhältnis der Anfechtung gem. § 123 BGB zur Haftung aus c. i. c	236
c) Verhältnis zum Schadensersatzanspruch aus unerlaubter Handlung gem. § 823 Abs. 2 BGB	236
II. Anfechtungsrecht nach DCFR	237
1. Anfechtungsgrund	238
a) Grundvoraussetzungen der Anfechtung wegen Irrtums	238
aa) Erfordernis eines wesentlichen Irrtums	239
bb) Verantwortung hinsichtlich des Irrtums	241
cc) Kausalität	241
b) Der spezielle Anfechtungsgrund für vorvertragliche Informationspflichtverletzungen nach Art. II. – 7:201 Abs. 1 lit. b) iii) DCFR	242
c) Voraussetzungen der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung .	244
aa) Arglistige Täuschung	245
bb) Gleichstellung von Falsch- und Nichtinformation	246
2. Anfechtungserklärung und Anfechtungsfrist	246
3. Rechtsfolge	247
4. Stellungnahme	247
III. Anfechtungsrecht nach dem GEK-Vorschlag	248
1. Anfechtungsgrund	249
a) Grundvoraussetzungen der Anfechtung wegen Irrtums	249
aa) Erfordernis eines wesentlichen Irrtums	250
bb) Der spezielle Anfechtungsgrund des Art. 48 Abs. 1 lit. b) ii) GEK-Vorschlag	251
cc) Verantwortung hinsichtlich des Irrtums	253
b) Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	253
2. Kausalität	254
3. Anfechtungserklärung und Anfechtungsfrist	254
4. Rechtsfolge	254

5. Konkurrenzfragen	256
IV. Kritische Würdigung und Stellungnahme	256
F. <i>Unwirksamkeit des Vertrags</i>	258
I. Unwirksamkeit des Vertrags nach deutschem Recht	259
1. Grundsätzlich keine Unwirksamkeit des Vertrags bei sonstigen Fernabsatzverträgen	259
2. Ausnahmsweise Unwirksamkeit bei Verträgen im elektronischen Geschäftsverkehr nach § 312j Abs. 4 BGB	259
a) Sekundärrechtliche Vorgaben zur Button-Lösung nach der VerbrRRL	260
b) Die Umsetzung der besonderen Pflichten bei Verbraucherverträgen im elektronischen Geschäftsverkehr im BGB	261
c) Konzeption und besondere Anforderungen nach der Button-Lösung	262
d) Die Qualifikation der Rechtsfolge der Unwirksamkeit nach § 312j Abs. 4 BGB – Sanktion für die Verletzung einer vorvertraglichen Informationspflicht	265
e) Richtlinienkonforme Umsetzung der Rechtsfolge oder Widerspruch zur VerbrRRL	267
f) Sonstige denkbare Rechtsfolgen bei Verletzung der Pflicht aus § 312j Abs. 3 BGB	269
aa) Rückabwicklung	269
bb) Haftung aus c. i. c.	270
cc) Anfechtung wegen Inhaltsirrtums	271
3. Das Konkurrenzverhältnis von Vertragsnichtigkeit und Widerruf ..	271
4. Der Amazon-Dash-Button – Rechtswidrigkeit oder zulässige Grauzone: Ein ausgewähltes Praxisbeispiel in Zusammenhang mit der Rechtsfolge der Button-Lösung	272
a) Was genau ist der Amazon-Dash-Button?	272
b) Fehlende Gesetzeskonformität und rechtliche Konsequenzen ..	273
II. Keine Unwirksamkeit des Vertrages nach DCFR	275
III. Unwirksamkeit des Vertrages nach dem GEK-Vorschlag	276
1. Unwirksamkeit des Vertrages als allgemeine Rechtsfolge	276
2. Sonderregelung des Art. 25 Abs. 2 GEK-Vorschlag	276
IV. Kritische Würdigung und Stellungnahme	278
G. (<i>Anwendbarkeit der</i>) <i>Gewährleistungsrechte</i>	279
I. Sekundärrechtliche Vorgaben	279
II. Gewährleistungsrechte des BGB	280
1. Frage der Anwendbarkeit der Gewährleistungsrechte bei vorvertraglicher Informationspflichtverletzung	280

2. Generelle Anwendungsvoraussetzungen der Gewährleistungsrechte	281
3. Rechtsfolge	282
4. Konkurrenz der kaufvertraglichen Gewährleistungsrechte zu Sanktionen vorvertraglicher Informationspflichtverletzung nach allgemeinem Leistungsstörungenrecht	283
a) Verhältnis der Haftung nach kaufrechtlichen Gewährleistungsansprüchen zur Haftung aus c. i. c.	283
aa) Kumulative Anspruchskonkurrenz	284
bb) Vorrang der Gewährleistungsrechte	284
cc) (Ausnahmsweise) Nebeneinander der Gewährleistungsrechte und des Anspruchs aus c. i. c.	287
dd) Eigene Stellungnahme	287
b) Das Verhältnis der Gewährleistungsrechte zur Anfechtung	288
III. DCFR	289
1. Die einzelnen Rechtsbehelfe wegen Nichterfüllung nach DCFR	291
2. Die wesentlichen Anwendungsvoraussetzungen der Rechtsbehelfe wegen Nichterfüllung von Kaufverträgen	293
3. Besonderheiten für Rechtsbehelfe des Verbrauchers bei Verbraucherkaufverträgen	294
4. Anwendbarkeit der Rechtsbehelfe für zum Vertragsbestandteil gewordene Äußerungen	295
5. Konkurrenzen	296
IV. GEK-Vorschlag	297
1. Wesentliche Anwendungsvoraussetzungen der Gewährleistungsrechte nach dem GEK-Vorschlag	298
2. Anwendbarkeit der Abhilfemöglichkeiten des Käufers bei vorvertraglicher Informationspflichtverletzung	300
a) Art. 100 lit. f) GEK-Vorschlag	301
b) Art. 69 GEK-Vorschlag	302
3. Die Abhilfen des Käufers bei Pflichtverletzung des Verkäufers in Kaufverträgen	306
a) Vorgesehene Abhilfen des Käufers	307
b) Wesentliche Voraussetzungen	309
c) Konkurrenzen der Abhilfen des GEK-Vorschlags	309
4. Konkurrenzverhältnis des Art. 69 zu Art. 28 Abs. 2 GEK-Vorschlag	310
V. Kritische Würdigung und Stellungnahme	312
H. Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch	312
I. Unterlassungsanspruch nach § 2 UKlaG	312
II. Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch nach § 8 UWG	314
1. Schutzzweck des UWG	315
2. Voraussetzungen des Beseitigungs- und Unterlassungsanspruchs nach § 8 UWG	316

a) Allgemeine Voraussetzungen des Beseitigungs- und Unterlassungsanspruchs nach § 8 Abs. 1 UWG	317
aa) Verbot unlauterer geschäftlicher Handlungen nach § 3 UWG	317
(1) Aufbau und Systematik des § 3 UWG	317
(2) Unzulässige geschäftliche Handlungen im B2C-Verhältnis nach § 3 Abs. 3 UWG i. V.m. der <i>black list</i>	319
bb) Unzumutbare Belästigung nach § 7 UWG	320
b) Die Wiederholungsgefahr als besondere Voraussetzung des Beseitigungs- und Unterlassungsanspruchs nach § 8 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 UWG	321
c) Die Erstbegehungsgefahr als besondere Voraussetzung des vorbeugenden Unterlassungsanspruchs nach § 8 Abs. 1 S. 2 UWG	321
d) Rechtswidriger, fortbestehender Störungszustand als besondere Voraussetzung des Beseitigungsanspruchs	321
3. Kein Verschuldenserfordernis	322
4. Rechtsfolgen	322
5. Verhältnis des Unterlassungsanspruchs aus § 8 UWG zu § 2 UKlaG	322
III. Wettbewerbsrechtliche Sanktionen wegen vorvertraglicher Informationspflichtverletzung nach PAngV	323
IV. Konkurrenzverhältnis zwischen vertragsrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Sanktionen	324
1. Notwendigkeit wettbewerbsrechtlicher Sanktionen und deren Verhältnis zu Sanktionen des BGB	324
2. Vorteile eines zusätzlichen wettbewerbsrechtlichen Schutzes über § 3 UWG	326
V. Keine Unterlassungsklage und wettbewerbsrechtlichen Ansprüche nach DCFR sowie GEK-Vorschlag	327
VI. Kritische Würdigung und Stellungnahme	327
I. <i>Allgemeines Leistungsstörungenrecht</i>	328
I. Erfüllungsanspruch	328
II. Anpassung des Vertrags	329
1. Anpassung des Vertrags nach BGB	329
2. Anpassung des Vertrags nach DCFR	331
3. Anpassung des Vertrags nach dem GEK-Vorschlag	332
III. Rücktritt vom Vertrag	333
IV. Minderung nach § 441 BGB analog	335
V. Bußgelder	335
1. Nationales Recht	335
2. GEK-Vorschlag	336

VI. Kritische Würdigung und Stellungnahme	336
<i>J. Zusammenfassende Bewertung der Sanktionsmechanismen</i>	<i>337</i>
I. Problem der fehlenden Kohärenz auf europäischer Ebene trotz Bemühungen um Vollharmonisierung des Verbraucherschutzrechts . .	337
II. Zusammenfassende Bewertung der Rechtsfolgen der Verletzung vorvertraglicher Informationspflichten nach deutschem Recht unter Berücksichtigung des europäischen Sekundärrechts	340
III. Möglicher Vorbildcharakter der Sanktionsregelungen des DCFR und des GEK-Vorschlags	342
 Fünfter Teil: Vorschlag eines Sanktionssystems bei vorvertraglicher Informationspflichtverletzung im elektronischen Geschäftsverkehr und bei sonstigen Fernabsatzverträgen	 347
<i>A. Reduktion des Umfangs der vorvertraglichen Informationspflichten auf wesentliche Kernaspekte als „notwendige Vorstufe“</i>	<i>347</i>
I. Künftige Lösungsansätze	349
1. Gefahr des Negativ-Effekts zu umfangreicher vorvertraglicher Informationspflichten	349
2. Die erleichterten Informationsanforderungen im M-Commerce als Vorbild für die gesamte Regelung vorvertraglicher Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr und sonstigem Fernabsatzrecht	355
3. Stellungnahme	357
II. „New Deal for Consumers“ – Der neue Vorschlag zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften	358
1. Geplante Änderungen in Bezug auf die VerbrRRL	358
a) Keine Reduktion der vorvertraglichen Informationspflichten . . .	358
b) Keine Reform der Sanktionen	359
2. Geplante Änderungen in Bezug auf die UGPRL	361
3. Zusammenfassende Stellungnahme	361
<i>B. Eigener Vorschlag kohärenter und effektiver Sanktionen bei Verletzung vorvertraglicher Informationspflichten</i>	<i>362</i>
I. Grundlegende Erwägungen zur Konzeption eines europäischen Sanktionssystems	362
II. Vorschlag eines europäischen Sanktionsmodells	364
1. Grundsätzliche Weichenstellung: Optionales Instrument und Reform der Verbraucherrechterichtlinie	364
2. Gleichlauf zwischen Falsch- und Nichtinformation	365
3. Vorzugswürdiges Modell einer abgestuften Sanktionssystematik . .	366
4. Die einzelnen Sanktionen des Vorschlags	368

a) Verlängerung der Widerrufsfrist	368
b) Spezifische Kostensanktion	369
c) Die Nichtbindung an den Vertrag als spezielle Sanktion i. S. d. Button-Lösung	369
d) Verschuldensunabhängiger Anspruch auf Schadensersatz	370
e) Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	372
f) Anwendbarkeit von Gewährleistungsrechten	373
5. Zusammenfassende Stellungnahme	373
Sechster Teil: Abschließende Thesen und Ausblick	375
<i>A. Zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Thesen</i>	<i>375</i>
<i>B. Fazit und Ausblick</i>	<i>377</i>
Literaturverzeichnis	379
Sachverzeichnis	401